

Anna Górajek

Uniwersytet Warszawski

Von der Mehrdimensionalität der Geschichte – Gerhard Schröder und seine Haltung gegenüber Polen

Abstract

The political activity of the former German chancellor Gerhard Schröder is shown – in the article – as an example of possibility of interpretation of the historical phenomena. We compared chancellor's Polish politics with the image fixed in the Polish people collective memory. Also the different Polish and German historical memory was indicated as a factor which have an influence on contemporary politics for example towards Russia.

Key words: foreign policy, chancellor Schröder, memory, Poland, Germany

Schon Jan ASSMANN hat darauf hingewiesen, dass Vergangenheit nicht naturwüchsig ansteht, sondern dass sie eine kulturelle Schöpfung ist (1992: 48), was u.a. bedeutet, dass wir es mit vielen Varianten scheinbareiner und derselben Vergangenheit zu tun haben können. Je nachdem aus welcher Perspektive sie betrachtet wird, kann die Vergangenheit sehr unterschiedlich erinnert, d.h. rekonstruiert werden. Das gilt sowohl in Bezug auf geschichtlich weitzurückliegende Ereignisse bzw. historische Gestalten wie auch zeitgenössisches Handeln politischer Akteure. Denn Vergangenheit fängt bereits in der Gegenwart an. Nehmen wir als Beispiel den SPD-Politiker Gerhard Schröder, Bundeskanzler a. D.

Gerhard Schröder regierte die Bundesrepublik in den Jahren 1998 bis 2005. In diese Zeit fallen viele wichtige innen- und außenpolitische Entscheidungen– etwa u.a. die Agenda 2010, die Beteiligung der Bundeswehr am Kosovo-Krieg und am Krieg in Afghanistan, das Veto gegen den

Irakkrieg oder die EU-Erweiterung. Doch für die meisten ist und bleibt Schröder „der Gazprom-Kanzler.“ Dieses Etikett haftet an ihm sowohl in Deutschland als auch in Polen. Doch es wird zum Teil unterschiedlich interpretiert. Diese wenig schmeichelhafte Bezeichnung ist zurückzuführen einerseits auf die Tatsache, dass die Absichtserklärung über den Bau einer Erdgasleitung durch die Ostsee von Russland nach Deutschland von Schröder im September 2005 (kurz vor seinem Rücktritt als Bundeskanzler) unterzeichnet worden ist, andererseits auf die Übernahme durch ihn kurz danach –im Dezember 2005 –des Postens des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Betreibergesellschaft der neuen Gaspipeline. In Deutschland bezog sich die Kritik vorwiegend auf diese zweite Komponente. Es missfiel der schnelle Übergang von der Politik in die Wirtschaft. Kritik kam interessanterweise vor allem vonseiten der Parteikollegen sowie des ehemaligen Koalitionspartners (Bündnis 90/Die Grünen) oder auch der FDP. Dagegen reagierten die Christdemokraten eher zurückhaltend. So zeigte sich z.B. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) zwar überrascht, aber zugleich betonte er, dass er einen „Wechsel von der Politik in die Wirtschaft grundsätzlich für richtig halte“ (MERKUR-ONLINE.DE 2005). Dass das Unterfangen selbst, d.h. der Bau der Ostsee-Pipeline, von der neuen Bundesregierung unter dem Vorsitz von Angela Merkel, positiv eingeschätzt wurde, zeugt die erste Auslandsreise des neuen Wirtschaftsministers. Sie führte nämlich nach Russland, wo Glos gegenüber dem damaligen Premierminister Wladimir Putin das deutsche Interesse an der Pipeline bestätigte (SPIEGEL.DE 2005).

Schröder selbst, der ein paar Jahre später nach seiner Einschätzung der Situation gefragt wurde, antwortete: „Mir hat noch nie jemand vorwerfen können, dass ich etwas getan hätte, was nicht rechtmäßig ist. Aber jenseits dessen ist es mein Leben und meine Freiheit. Und wer da meint, er müsse das kritisieren, der kann mich mal.“ (KAMMERTÖNS/LEBERT 2009) Der Ex-Bundeskanzler weist darauf hin, dass die Nord Stream AG kein Gazprom-Unternehmen, sondern ein internationales Konsortium fünf großer Energieunternehmen ist.¹ Doch diesen Hinweis sollte man als eine Richtigstellung und keine Entschuldigung seiner Tätigkeit werten, denn Schröder steht zu dem, was er tut. In einem Interview mit der Zeit erklärte er:

Ich hätte auch keine Probleme, für Gazprom zu arbeiten. Warum auch? Wenn ich für ein amerikanisches Großunternehmen tätig wäre, würden mir Lorbeerkränze geflochten. Für die Arbeit mit russischen Firmen bekommt man nur Kritik, auch wenn sie im deutschen und europäischen Interesse ist. (KAMMERTÖNS/LEBERT 2009)

In der Überzeugung, dass die Ostseepipeline sowohl deutschen wie auch europäischen Interessen diene, ist Schröder keineswegs vereinsamt. Davon

¹ Anteilseigner sind OAO Gazprom, BASF SE/Wintershall GmbH, E.ON Ruhrgas AG, N.V. Nederlandse Gasunie und GDF SUEZ S.A.

zeugt u.a. die Unterstützung dieses Unternehmens durch die späteren deutschen Regierungen, aber auch durch die Regierungen Frankreichs oder der Niederlande. Als am 8. November 2011 der erste Strang der Nord Stream-Pipeline in Betrieb genommen wurde, war Schröder lange außer Amt. Bei der feierlichen Eröffnung vertrat die deutsche Seite die Christdemokratin Angela Merkel als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Außer ihr nahmen an den Feierlichkeiten der russische Präsident Dmitrij Medwedew, der französische Premierminister François Fillon, der niederländische Premierminister Mark Rutte sowie der EU-Kommissar für Energie Günther Oettinger teil (NORD-STREAM.COM 2011). Angela Merkel würdigte in ihrer damaligen Rede die Pipeline als „das größte Energieinfrastrukturprojekt unserer Zeit“ und wies darauf hin, dass die Energiepartnerschaft mit Russland für ganz Europa große Chancen biete (DPA 2011). Darüber hinaus betonte die Kanzlerin, dass bei der Realisierung dieses Projekts die berechtigten Interessen aller Ostsee-Anrainerstaaten berücksichtigt worden wären. Diese Ansicht teilen jedoch zumindest die Polen nicht. Hier gehen die nationalen Sichtweisen weit auseinander.

Die polnische diesbezügliche Haltung gibt am besten der Vergleich des vorerst deutsch-russischen Energieprojekts zum Ribbentrop-Molotow-Pakt. Diesen tätigte 2006 der damalige polnische Verteidigungsminister Radosław Sikorski, als er bei einer transatlantischen Tagung in Brüssel dieses Projekt scharf kritisierte. Er warf damals Deutschland eine Außenpolitik an Polen vorbei vor, die an politische Traditionen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg erinnere. Sikorski argumentierte: „Wir sind besonders sensibel, wenn es um Korridore geht und darum, den Osten Europas anders zu behandeln als den Westen.“ (KLOTH 2006) Die Kritik galt sowohl Schröder wie auch Merkel, die das Projekt entgegen polnischer Erwartungen fortsetzte. Sikorski argumentierte: „Erst Entscheidungen zu treffen und dann Konsultationen anzubieten, ist nicht unsere Vorstellung von europäischer Solidarität“ und weiter „Wir sind erstaunt, dass Deutschland etwas tut [...] dessen geopolitisches Ziel gegen Polen gerichtet ist.“ (KLOTH 2006) Weder Merkel noch Schröder kommentierten die Worte des polnischen Verteidigungsministers. Mit der Zeit setzte sich die Formel vom Schröder-Putin-Pakt in der polnischen Erinnerung fest. Demzufolge wird die Pipeline in erster Linie mit der Person Schröders assoziiert, was zur Folge hat, dass auch seine politische Haltung gegenüber Polen insgesamt als antipolnisch bewertet wird.

In diesem Zusammenhang muss es einem jeden Polen verwunderlich vorkommen, dass Gerhard Schröder, der hie und da als Teufel in Person dargestellt wurde, zugleich Träger der höchsten polnischen Ehrenausszeichnung – des Ordens des Weißen Adlers – ist. Diese wurde ihm 2002 für herausragende Verdienste um die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland verliehen, wie es in der Begründung zu lesen ist (POSTANOWIENIE PREZYDENTA 2002). Auf diese

Verdienste verweist u. a. auch Leszek Miller, 2001 bis 2004 Premierminister Polens. In einem Interview für die Deutsche Welle erklärte er diesbezüglich:

Ohne Schröders Engagement [...] bei unseren EU-Beitrittsverhandlungen, ohne Schröders Druck auf die Regierungen anderer EU-Länder, wäre unser Weg in die Gemeinschaft ganz anders gewesen. Wir bestritten den Weg nach Westen über Deutschland – in jeder Hinsicht! Und diesen Weg haben uns Schröder und Verheugen geebnet. (JARANOWSKI 2013)

Im März 2002, als die Auszeichnung verliehen wurde, standen die wichtigsten Verhandlungen auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen 2002 (auf die sich wahrscheinlich Miller bezieht) noch aus. Es musste also andere Gründe für die Verleihung des Ordens gegeben haben. Zu Anfang seiner ersten Kanzlerschaftsperiode ging Schröder ein lange anstehendes, da schwieriges Problem, nämlich Entschädigungen für Zwangsarbeiter, an. In einer Vorlesung, die er 2010 an der Universität Wrocław gehalten hatte, bemerkte er hierzu:

Noch als Ministerpräsident von Niedersachsen hatte ich die großen deutschen Unternehmen zusammen geholt, die in der Nazi-Zeit von der Zwangsarbeit profitiert hatten. Ich wollte eine Stiftung, die Zahlungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter sowie ihre Nachkommen leisten sollte. Im Jahre 2000 konnten Bundesregierung und Unternehmen diese Stiftung mit dem Namen ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ gründen. (SCHRÖDER 2011: 16)

Schröder gibt zu, dass eine Geldzahlung nur eine symbolische Leistung für das erlittene Leid sein kann, aber über 50 Jahre lang gab es nicht einmal eine materielle Entschädigung für eine Schande, die nicht wieder gutzumachen war (SCHRÖDER 2011: 16). Man kann wohl Schröder kaum vorwerfen, dass er diese Initiative nur angesichts der Vielzahl der von amerikanischen Rechtsanwälten eingereichten Sammelklagen, die hohe Entschädigungsansprüche gegen deutsche Unternehmen geltend machten, ergriffen hat, obwohl er zugibt, auch die Rechtssicherheit der in den USA agierenden deutschen Firmen damals vor Augen gehabt zu haben (SCHRÖDER 2006: 73). Sein Vorgänger im Kanzleramt, Helmut Kohl, verhielt sich in dieser Frage weit zurückhaltender.

Auch ist daran zu erinnern, dass Schröder sich als Bundeskanzler entschieden gegen die Forderungen des Bundes der Vertriebenen ausgesprochen hatte. Bereits im Jahre 2000 betonte er in seiner Rede zum „Tag der Heimat“, dass die Bundesrepublik ihre Beziehungen mit den Nachbarländern nicht mit politischen und rechtlichen Fragen belasten werde, die aus der Vergangenheit herrühren. Dementsprechend bezog er Stellung sowohl gegen Berlin als Standort des „Zentrums gegen Vertreibungen“ als auch gegen jegliche Forderungen der Vertriebenenfunktionäre nach Eigentumsrückgaben oder Entschädigungen durch Polen. Er bestritt nicht, dass auch den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg Unrecht widerfahren war,

doch wandte er sich entschieden dagegen, die historischen Ursachen der Vertreibungen auszublenden und somit die Geschichte um- bzw. fehl zu deuten. Während seines Besuchs in Polen im August 2004 erklärte er:

Wir Deutschen wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat und wer seine ersten Opfer waren. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr für Restitutionsansprüche aus Deutschland geben, die die Geschichte auf den Kopf stellen. [...] Weder die Bundesregierung noch andere ernst zu nehmende politische Kräfte in Deutschland unterstützen individuelle Forderungen, soweit sie dennoch geltend gemacht werden. Diese Position wird die Bundesregierung auch vor internationalen Gerichten vertreten. (SCHRÖDER 2004)

Um endgültig Klarheit in der Frage der Restitutionsansprüche zu schaffen, wurde vom Bundeskanzler Schröder und dem damals amtierenden polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski eine diesbezügliche rechtliche Expertise eingefordert, die 2004 von zwei renommierten Rechtswissenschaftlern Jan Barcz und Jochen A. Frowein erstellt worden ist (BARCZ/FROWEIN 2005). In dem Gutachten wird die oben zitierte Erklärung Schröders in Warschau als ein völkerrechtlich bindender einseitiger Akt der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet. In der Zusammenfassung der Analyse ist u.a. zu lesen: „Seit der Erklärung des Bundeskanzlers vom 1.8.2004 steht einer Geltendmachung von Ansprüchen auf der Ebene des Völkerrechts eine bindende einseitige völkerrechtliche Erklärung, die für Deutschland abgegeben ist, entgegen“ (BARCZ/FROWEIN 2005).

Während seiner Kanzlerschaft kann man meines Erachtens Gerhard Schröder keine antipolnische Haltung nachsagen. Sein Widerspruch gegenüber den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, die auf seine Initiative zurückgehende Gründung der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ sowie seine im Allgemeinen wohlwollende, jedoch selbstverständlich auch die Interessen Deutschlands berücksichtigende, Unterstützung der EU-Beitrittsbemühungen Polens sind positiv zu werten. Für einiges davon erntete Schröder mit Sicherheit in Deutschland mehr Kritik als Beifall. In Polen selbst geriet seine propolnische Haltung angesichts seiner Zustimmung zum Bau der Ostseepipeline bald in Vergessenheit. Diese Entscheidung beeinflusste maßgeblich die Einschätzung seiner Person. Vom Polenfreund wurde er mit einem Schlag zum Polenfeind. Deutsche Interessen vor Augen widmete Schröder den Sicherheitsinteressen oder auch den Ängsten des östlichen Nachbarn keine Aufmerksamkeit mehr, obwohl er es hätte wissen müssen, dass eine solche deutsch-russische Vereinbarung die deutsch-polnischen Beziehungen schwer belasten werde, umso mehr als Deutschland sie ohne Polen zu konsultieren getroffen hatte. Zumindest seit seinem Besuch in Polen 2004 hätte es dem Kanzler bewusst sein müssen, dass Polen ein besonders sensibles Vorgehen seitens des deutschen Nachbarn erwartete. Es ist ein Fehler gewesen, zu vergessen, dass Polen sich vor allem durch seine Vergangenheit definiert und historische Erfahrungen sein

außenpolitisches Verhalten maßgeblich mitgestalten (vgl. z.B. MALINOWSKI 2005: 95ff.). Dementsprechend wertete man das Handeln der Bundesregierung als Zeichen einer Dichotomie zwischen den politischen Bekundungen Berlins und seiner tatsächlichen Interessenpolitik (vgl. NORBET/WEBER 2011: 19).

Aus der deutschen Perspektive gesehen, schließen sich eine propolnische und eine prorussische Haltung nicht unbedingt aus. Aus der polnischen Sicht ist ein prorussisches Verhalten deutscher Politiker zumindest verdächtig. Eine Analyse der Äußerungen von Gerhard Schröder zu Russland, während und nach seiner Kanzlerschaft, bietet zumindest teilweise eine Erklärung der deutschen Sicht auf Moskau. Daraus folgt, dass ähnlich wie die polnische, so auch die deutsche Optik auf Russland geschichtlich bedingt ist. So z.B. wird die Opferrolle, die Polen für sich beansprucht, von Seiten der Bundesrepublik auch Russland zuerkannt, denn 27 Millionen Tote hatte die Sowjetunion in einem von Hitler-Deutschland angezettelten Krieg zu beklagen. In seinen Erinnerungen schreibt Schröder:

Und wir Deutsche tragen nicht nur gegenüber Polen und anderen europäischen Ländern, sondern eben auch gegenüber Russland eine besondere Verantwortung, die sich aus der Geschichte ergibt. Dieses Bewusstsein muss unser Verhältnis zu Russland mitbestimmen – jenseits aller anderen Interessen. (SCHRÖDER 2006: 471)

Die hier angesprochenen anderen Interessen sind meines Erachtens in erster Linie als Sicherheitsinteressen zu verstehen. Die Sowjetunion gehörte zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Sie hat über die Teilung und dann über die Vereinigung Deutschlands mitentschieden. Die Machtposition Russlands, als Nachfolgestaat der Sowjetunion, wird in der Bundesrepublik nicht in Frage gestellt. Russland ist und bleibt in der Wahrnehmung deutscher Politiker nicht nur ein wichtiger Akteur auf der europäischen, sondern auch ein bedeutender Spieler auf der politischen Weltbühne, den es zu achten gelte. Die deutsche Politik gegenüber Russland erläuterte Schröder 2007 in der sog. Dresdner Rede: „Wir Deutschen haben ein besonderes Interesse, dass Russland und Europa möglichst eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Wir wissen, dass wir nur gemeinsam in der Lage sind, Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa zu schaffen und zu erhalten.“ (SCHRÖDER 2007) 2010 während eines Vortrags an der Universität Wrocław bestätigte er diese Überzeugung mit folgenden Worten: „Und auch heute sind die Beziehungen zwischen Europäischer Union und Russland für Frieden, Freiheit und Stabilität auf unserem Kontinent elementar. Dafür brauchen wir eine konstruktive EU-Russland-Politik.“ (SCHRÖDER 2011: 19) Schröder verweist in seinen Analysen noch auf einen weiteren internationalen Kontext. Seiner Meinung nach liegt die starke Einbindung Russlands in europäische Strukturen im ureigensten politischen und wirtschaftlichen Interesse Europas, denn – so Schröder – „es kann nicht in unserem Interes-

se sein, dass eine neue politische Struktur mit russisch-chinesischer Dominanz entsteht, die Europa aus dem zentralen und östlichen postsowjetischen Raum verdrängt.“ (SCHRÖDER 2007)

Diese Überzeugung teilen in Deutschland Politiker aller Richtungen. Damit bleibt für das Verhältnis der Bundesrepublik zu Russland das einst von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier formulierte Motto „Annäherung durch Verflechtung“² weiter aktuell, auch wenn ab und zu Rückfälle auf diesem Weg zu verzeichnen sind oder auch sein werden. Diese Einstellung geht jedoch mit der Erwartung einher, dass Polen seine Außenpolitik neu definiert, denn – um Schröder zu zitieren – „Ängste vor einer zu großen Nähe zwischen Russland und Deutschland sind als Folge der gemeinsamen europäischen Leidensgeschichte verständlich, doch im 21. Jahrhundert völlig unbegründet“ (SCHRÖDER 2007) und Russlandkomplexe – so könnte man den Gedanken des Altbundeskanzlers ergänzen – schaden gesamteuropäischen (somit auch deutschen) Interessen. Schon wieder eine gewisse Dosis an Paternalismus oder einfach eine objektive Einschätzung der Lage?

Die obigen Ausführungen bestätigen die These von der Vergangenheit als einer kulturellen Schöpfung. Geschichte ist nicht eindimensional. Sie wird unterschiedlich erinnert und interpretiert, was nicht ohne Einfluss auf das Handeln der politischen Akteure auf der zeitgenössischen internationalen Bühne bleibt. So gehen auch die polnische und die deutsche Sicht u.a. auf Russlandsichtbar auseinander, unabhängig der parteipolitischen Zugehörigkeit der Politiker. Nicht nur Schröder ist der Meinung, dass Russland einer der wichtigsten Partner der Bundesrepublik war und ist und dass historisch begründete Befürchtungen Russlands vor Isolierung und Einkreisung ernst genommen werden müssen, auch wenn man dabei Polens Unbehagen riskiert (vgl. z.B. KOHL 2007: 644, 669). Will man versuchen, den Raum für Fehlinterpretationen einzelner heute getätigter Aussagen polnischer oder deutscher Politiker, der ohnehin besteht, einzuschränken, sollte man die jeweils andere nationale Deutung von geschichtlichen Ereignissen mitberücksichtigen. Denn die Lesart der Vergangenheit determiniert das zukünftige Handeln. Die Aufgabe des Philologen (im gegebenen Falle des Germanisten oder des Polonisten) sollte es deswegen u.a. sein, auf die gelegentlich unterschiedliche nationale Deutung der Vergangenheit und die daraus resultierende oft andersartige Einschätzung zeitgenössischer Ereignisse unvoreingenommen hinzuweisen. Politische Texte zu lesen und zu interpretieren sollte man nicht Politik- und Geschichtswissenschaftlern allein überlassen. Sie verfügen zwar über das notwendige politische bzw. historische Wissen, doch es geht auch darum die Nuancen der Sprache zu verstehen. Nur dann kann mitunter auch folgeschweren Irrtümern auf der Ebene bilateraler Beziehungen vorbeugt werden.

² In Anlehnung an die Formel von Willy Brandt „Wandel durch Annäherung.“

Literaturverzeichnis

- Assmann, Jan (1992): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München: C.H. Beck.
- Barcz, Jan / Frowein, Jochen A. (2005): „Gutachten zu Ansprüchen aus Deutschland gegen Polen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg“, http://www.zaoerv.de/65_2005/65_2005_3_a_625_650.pdf, [12.09.2014].
- Dpa (2011): „Pipeline Eröffnung: Nord Stream liefert Gas“, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/pipeline-eroeffnung-nord-stream-liefert-gas-11521668.html>, [12.08.2014].
- Jaranowski, Michał (2013): „Leszek Miller: Schröder tut man Unrecht“, <http://www.dw.de/leszek-miller-schr%C3%B6der-tut-man-unrecht/a-16782525>, [13.09.2014].
- Kammertöns, Hanns-Bruno / Lebert, Stephan (2009): „»Es ist meine Freiheit« – Gerhard Schröder über die russische Seele, Opel und die anstehenden Bundestagswahlen“, <http://www.zeit.de/2009/15/Schroeder-15/komplettansicht>, [13.07.2014].
- Kloth, Hans Michael (2006): „Indirekter Hitler-Vergleich: Polnischer Minister poltert gegen Schröder und Merkel“, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/indirekter-hitler-vergleich-polnischer-minister-poltert-gegen-schroeder-und-merkel-a-413931.html>, [12.09.2014].
- Kohl, Helmut (2007): *Erinnerungen 1990–1994*. München: Droemer.
- Malinowski, Krzysztof (2005): „Die polnische und die deutsche Sicherheitskultur und ihre Wandlungen.“ In: Dieter Bingen / Anna Wolff-Powęska: *Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998–2004*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 95–119.
- Merkur-online.de (2005): „Hauch von Korruption“, <http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/hauch-korruption-196287.html>, [12.08.2014].
- Norbet, Marek / Weber, Pierre-Frédéric (2011): „Prädispositionen polnischer Außenpolitik: Russland-Polen-Deutschland.“ In: *Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Szczecińskiego*, 693 (Acta Politica Nr. 24/2011), 5–32.
- Nord-stream.com (2011): „Feierliche Inbetriebnahme der Nord Stream-Pipeline – Meilenstein für die europäische Versorgungssicherheit“, <http://www.nord-stream.com/de/presse-informationen/pressemitteilungen/feierliche-inbetriebnahme-der-nord-stream-pipeline-meilenstein-fuer-die-europaeische-versorgungssicherheit-388/>, [13.09.2014].
- Postanowienie Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 4 marca 2002 r. o nadaniu orderów (2002), <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WMP20020190330>, [12.08.2014].
- Schröder, Gerhard (2000): „Rede anlässlich des 50. Jahrestages der Charta der deutschen Vertriebenen am »Tag der Heimat«,“, <http://perso.ens-lyon.fr/adrien.barbaresi/corpora/BR/t/152.html>, [12.08.2014].
- Schröder, Gerhard (2004): „Rede zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes“, <http://gerhard-schroeder.de/2004/08/01/60-jahrestag-warschauer-aufstande/>, [12.09.2014].
- Schröder, Gerhard (2006): *Entscheidungen: Mein Leben in der Politik*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Schröder, Gerhard (2007): „Dresdner Rede“, <http://gerhard-schroeder.de/2007/03/11/dresdner-rede/>, [12.09.2014].
- Schröder, Gerhard (2011): *Die Europäische Union in der globalisierten Welt – Herausforderungen und Chancen für Polen und Deutschland*. Warschau: Friedrich Ebert Stiftung (Willy Brandt-Vorlesung 2010).
- Spiegel.de (2005): „Ostsee-Pipeline: Schröder übernimmt Führungsjob bei Gazprom-Konsortium“, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/ostsee-pipeline-schroeder-uebernimmt-fuehrungsjob-bei-gazprom-konsortium-a-389493.html>, [12.08.2014].